

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortl. Redakteur: Rieser
Verlag: Rieser & Winterlich, Riesa

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 52
Riesa Nr. 52

Nr. 285.

Dienstag, 6. Dezember 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingepreist werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Spitzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Der Reichstag eröffnet.

Heute schon Entscheidung über Vertagung oder Auflösung?

Der erste Tag des neuen Reichstages.

Berlin. (Zuspruch.) Im Reichstage herrschte schon vom frühen Morgen an lebhafteste Tätigkeit. Die meisten neu gewählten Abgeordneten waren bereits zeitig eingetroffen, um an den Vorbereitungen für die konstituierende Sitzung des Parlaments teilzunehmen, die um 8 Uhr nachmittags begann.

Wie sonst bei ähnlichen Gelegenheiten, so hatten sich auch heute auf den Straßen und im Tiergarten rings um das Reichstagsgebäude zahlreiche Neugierige eingefunden, namentlich junge Leute, die durch ihr Verhalten die Polizei manchmal zum Einschreiten zwangen. Vor dem Schalter, an dem die Eintrittskarten für das Publikum auszugeben werden, bildete sich bereits um 7 Uhr früh eine Schlange, doch wurde den Interessenten sofort gesagt, daß nur 26 Karten zur Verteilung gelangen können, da die übrigen bereits seit Tagen von den verschiedenen Behörden vergeben sind. Die 26 zuerst Gewonnenen hatten jedoch trotz der fähigen Witterung tapfer aus, um wenigstens um 8 Uhr tatsächlich eine Eintrittskarte zu erlangen. Die polizeilichen Sicherungsmaßnahmen im und vor dem Reichstagsgebäude waren dieselben wie sonst an großen Tagen.

Im Büro des Reichstages ist bereits eine ganze Reihe von Vorlagen und Anträgen niedergelegt worden. Die Reichsregierung hat einige Abkommen mit fremden Staaten vorgelegt, ferner haben die Nationalsozialisten das verfassungsändernde Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten durch den Reichsgerichtspräsidenten und Entlassungsanträge für einige nat.-soz. Abgeordnete eingebracht, die in den Bombenerprozessen zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. Vom Zentrum liegen Anträge zur Aufhebung der sozialpolitischen Abbaumassnahmen der Notverordnung vor, von den Sozialdemokraten ein Mißtrauensantrag gegen die neue Reichsregierung und ein Amnestiegesetz für Straftaten aus politischen Beweggründen oder aus Gründen wirtschaftlicher Not. Ausgeschlossen sollen Landesverrat, Verrat militärischer Geheimnisse und Verbrechen gegen das Leben sein. Ferner beantragen die Sozialdemokraten die Aufhebung einer großen Zahl von Notverordnungen und die Aufhebung der Sondergerichte. Von den Kommunisten sind Mißtrauensanträge und Anträge auf Aufhebung von Notverordnungen angehängt aber noch nicht vorgelegt. Uebrigens gelten alle Vorlagen und Anträge erst von dem Augenblick an als eingegangen, wo die Konstituierung des Reichstages erfolgt ist.

Um 11 Uhr begann die Fraktionsberatung der Kommunisten und der Bayerischen Volkspartei. Um 12 Uhr traten auch die Sozialdemokraten zusammen, um noch Eventualanträge zu den sozialpolitischen Notverordnungen zu formulieren. Die Nationalsozialisten, die am Montag abend von Adolf Hitler die Richtlinien für ihr Verhalten im Reichstage bekommen hatten, traten um 1 Uhr zu ihrer ersten Fraktionsberatung zusammen. Zur gleichen Zeit fand auch noch eine deutschnationale Fraktionsberatung statt.

Die Gottesdienste, die jedesmal vor dem Zusammenritt eines neuen Reichstages abgehalten werden, fanden um 12 Uhr statt. Der evangelische Gottesdienst wurde im Berliner Dom abgehalten, die Predigt hatte Oberdomprediger D. Burghardt übernommen. Für die Katholiken wurde eine Messe in der Sehwigskathedrale zelebriert.

Für 13 Uhr war jedoch als Ersatz für den noch nicht vorhandenen Keltentrat eine Fraktionsführerbesprechung vorgesehen, bei der noch Einzelheiten des Sitzungsablaufes und die Tagesordnung für die nächsten Sitzungen beraten wurden.

Der Reichspräsident beim Gottesdienst zur Eröffnung des Reichstages.

Berlin. (Zuspruch.) Die Domgewölbe empfingen im Vorraum des Domes den Reichspräsidenten von Hindenburg, der punkt 12 Uhr in Begleitung von Staatssekretär Dr. Weisner erschienen war. An dem Gottesdienst nahmen außerdem der Reichsfinanz- und der Reichswirtschaftsminister teil. Der Vizepräsident des evangelischen Oberkirchenrates Oberdomprediger D. Burghardt hielt die Predigt.

Noch keine Verständigung.

Berlin. (Zuspruch.) Nach dem, was in den Mittagsstunden über die letzten Besprechungen wegen der Vertagung des Reichstages in der Wilhelmstraße verlautet, ist es wieder völlig ungewiß, ob sich die Vertagung erreichen läßt, oder ob es doch zur Auflösung kommt. Da laut Beschluß des Keltentrates schon heute Wahl des Präsidiums vorgenommen werden soll, wird auch heute schon die Entscheidung über die Dispositionen des Reichstages fallen müssen. Das wäre gleichbedeutend mit der Entscheidung über die Vertagung. In politischen Kreisen hört man die Auffassung, daß es sehr gefährlich ist, überhaupt erst in eine Diskussion der Materie hineinzugehen, weil dann alle Bemühungen um eine Verständigung sich von selbst erschlagen können.

Das dürfte wohl der Grund dafür sein, daß darauf gedrängt wird, schon heute zu einer Entscheidung über die Vertagung zu kommen. Gleichzeitig mit diesen Informationen wird bekannt, daß auch die Haltung der Nationalsozialisten wieder völlig unklar ist. Dem „Angriff“ glaubte man entnehmen zu können, daß sie bereit seien, sich mit einer Vertagung über Weihnachten hinaus einverstanden zu erklären. Die letzten Besprechungen haben diesen Eindruck zum mindesten nicht 100prozentig bestätigt.

Vertagung oder Auflösung.

zu Berlin. Bis zur Stunde läßt sich noch nicht übersehen, ob es dem Reichskanzler gelingen wird, eine Mehrheit für die Vertagung des Reichstages zu erreichen. Es kommt ganz auf die Haltung der Nationalsozialisten an, mit denen getrennt Verhandlungen stattfanden und mit denen heute die Verhandlungen fortgesetzt werden. Nicht der Reichskanzler persönlich ist in diesen Verhandlungen tätig, sondern Zwischenmänner, die sich guter Beziehungen zu den Nationalsozialisten rühmen. Sollten die Nationalsozialisten trotz der Konzeption, die ihnen in Preußen geboten werden, nicht nachgeben, so ist mit einer Auflösung des Reichstages zu rechnen. Der Reichskanzler hat in diesem Falle die Aussicht, einen besseren Reichstag aus den Neuwahlen zu erlangen, da ja die Wahlen in Thüringen der Rückgang der Nationalsozialisten nachweisen. Sollte es zu einer Vertagung oder zu einer Auflösung des Reichstages kommen, so wird versucht werden, die Anträge auf Amnestierung der durch die Sondergerichte verurteilten politischen Verbrecher schleunigst vorher durchzuführen.

Kampfwahl

um die Ämter des Reichstagspräsidiums?

Berlin. Nach einer Meldung Berliner Blätter besteht die Möglichkeit einer Kampfwahl um die Ämter des Reichstagspräsidiums. Nach dem Vorkausseiger wurde das der Fall sein, wenn etwa einzelnen Fraktionen der Anspruch auf einen Posten im Präsidium bestritten werden sollte, obwohl die Fraktion nach der Reihenfolge der Stärke auf einen Sitz im Präsidium Anspruch hat. Der Vorkausseiger weist darauf hin, daß die Wahl vollständig von den noch nicht abgeklärten Auseinandersetzungen über die Kandidaturen abhängt. Nach der D.N.Z. sollten die Aussichten für eine Kampfwahl im Wesentlichen sein, da die Wiederwahlung sowohl des nationalsozialistischen Präsidenten Goering wie des deutschnationalen Vizepräsidenten Graef bei diesen Gruppen wechselseitig Widerstand fänden. Für Goering würden, soweit sich das bisher übersehen lasse, nur Nationalsozialisten, Zentrum und Bayerische Volkspartei stimmen. Es werde deshalb bestimmt ein zweiter Wahlgang notwendig werden. Wie die Hörzeitung berichtet, steht es noch keineswegs fest, ob die Wahl des Reichstagspräsidiums schon am Dienstag oder erst am Mittwoch stattfindet.

Heute schon Wahl des Reichstagspräsidiums.

Berlin. (Zuspruch.) In der Fraktionsführerbesprechung, die mittags im Reichstage als Ersatz für den noch nicht bestehenden Keltentrat stattfand, einigte man sich zunächst darüber, daß in der heutigen ersten Sitzung des Reichstages außer der Konstituierung auch schon die Wahl des neuen Präsidiums und die Befragung der wichtigsten Ausschüsse vorgenommen werden soll.

Daran schloß sich eine lebhafteste Aussprache über die weiteren Dispositionen des Reichstages, die jedoch nicht zu einer Einigung führte. Von nationalsozialistischer Seite wurde angefragt, heute noch das Stellvertreter-Gesetz in allen drei Lesungen zu verabschieden. Dagegen wurde jedoch von den meisten Fraktionen Einspruch erhoben. Staatssekretär Plank erklärte, das neue Kabinett bedürfe zur Vorbereitung seiner sachlichen Arbeiten noch einige Zeit. Die Sozialdemokraten verlangten daraufhin, die Regierungserklärung solle wenigstens in den nächsten Tagen abgelesen werden; daran sollte sich zugleich die Beratung der Verfassungsfrage knüpfen. Von Zentrumseite wurde angefragt, vor der Vertagung des Reichstages wenigstens diese Entwürfe noch zu beraten. Zu einer Einigung darüber kam es jedoch nicht. Die Entscheidung über die Tagesordnung der nächsten Sitzung wird als heute abend vom Plenum des Reichstages selbst gefällt werden müssen.

Nationalsozialistischer Gelehtentwurf.

Der Reichsgerichtspräsident vertritt den Reichspräsidenten. Berlin. Die Nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat beschloffen, einen Initiativgelehtentwurf einzubringen, der die Stellvertretung des Reichspräsidenten regeln soll. Die Einleitungsformel weist darauf hin, daß das Gesetz mit der für Verfassungsänderungen erforderlichen Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden muß.

Der Wortlaut des Gesetzes ist: Artikel 51 der Reichsverfassung erhält folgende Fassung: 1. Der Reichspräsident wird im Falle seiner Verhinderung durch den Präsidenten des Reichsgerichts vertreten. 2. Das gleiche gilt für den Fall einer vorzeitigen Erledigung der Präsidentschaft bis zur Durchführung der Neuwahl.

Kein Fraktionszwang der Nationalsozialisten.

Berlin. (Zuspruch.) Die nat.-soz. Reichstagsfraktion legte in ihrer Fraktionsberatung heute Dienstag mittag ihr tatsächliches Verhalten in den nächsten Tagen fest. Wenn die Deutschnationalen für die Wiederwahl des Reichstagspräsidenten Goering stimmen, wird, wie das Nachrichtenbüro des RdZ. hört, zumindest der überwiegende Teil der nat.-soz. Fraktion auch für die Wiederwahl des Vizepräsidenten Graef (D.N.Z.) eintreten. Ein Fraktionszwang ist aber dafür nicht festgelegt. Mit besonderem Nachdruck betonte der Fraktionsführer Dr. Fried, daß die Fraktion für alle ihre Entschlüsse freie Hand habe und keinerlei Bindungen mit irgend jemand eingegangen sei. Die Fraktion legt großen Wert darauf, daß möglichst noch heute, auf jeden Fall aber morgen, mit der Beratung der Anträge über ein Stellvertreter-Gesetz, die Amnestie und die Aufhebung der sozialpolitischen Teile der Notverordnungen begonnen wird. Das Stellvertretergesetz und der Antrag zur Notverordnung sollen noch in dieser Tagung nach dem Wunsch der Nationalsozialisten endgültig verabschiedet werden, während man bei der Amnestie damit rechnet, daß sie zunächst im Rechtsausschuß vorbereitet wird, zumal die notwendige Zweidrittelmehrheit noch sehr zweifelhaft ist. Weiter wird die Fraktion Anträge über eine Winterbeihilfe und Arbeitsbeschaffung einbringen. Der Zeitpunkt der politischen Aussprache ist auch nach der nat.-soz. Fraktionsberatung noch nicht geklärt. Es gilt aber als wahrscheinlich, daß die Nationalsozialisten, wenn ihren Wünschen wegen der Verabschiedung der genannten Vorlagen Rechnung getragen wird, einer Vertagung der politischen Aussprache bis nach Weihnachten keine Schwierigkeiten bereiten werden.

Beginn der Eröffnungsitzung.

Berlin, 6. Dezember, 8 Uhr nachm. Der Sitzungssaal und die Tribünen, auch die Diplomatengänge sind bis auf den letzten Platz besetzt.

Der Alterspräsident von Litzmann, der in Zivil ist, wird von den sämtlich in Parteiform erschienenen Nationalsozialisten mit Heilrufen begrüßt. Der Alterspräsident dankt mit dem Reichspräsidenten. Die Kommunisten rufen: „Nieder!“ und „Der General der geschlagenen Armee!“

Alterspräsident Litzmann stellte zunächst fest, daß nach der Geschäftsordnung der an Jahren älteste Abgeordnete den Vorsitz zu übernehmen hat. Er sei am 22. Januar 1850 geboren und somit 82 Jahre alt. Als Schriftführer beruft der Alterspräsident die Abgeordneten Kaufmann und Binder (D.N.Z.), Roserrenz (D.N.Z.) und Schwarz-Frankfurt (Zentrum).

Nach der üblichen Feststellung, daß kein älteres Mitglied als er dem Reichstag anhöre, eröffnet Abg. von Litzmann (D.N.Z.) als Alterspräsident die erste Sitzung des neuen Reichstages mit einer längeren Rede. Unsere Nachfahren, so führte er aus, haben in den letzten 14 Jahren sich reichlich Mühe gegeben, das deutsche Volk an Enttäuschungen zu gewöhnen (Wirtschaftskrise der Kommunisten). Die Enttäuschungen vom 18. August und 28. November schlugen trotzdem schmerzliche Wunden. Das Volk hoffte, daß nach dem jahrelangen fruchtlosen Experimentieren der Reichspräsident die befreiende Tat eintreten lassen würde und glaubte, daß er, wie früher, den Führer der stärksten politischen Bewegung mit der Führung der Regierung betrauen würde. Das hätte in diesem Falle den Mann betreffen, der allein fähig ist, das Vaterland zu retten. Weisfall bei den Nationalsozialisten, Gelächter links und Rufe der Kommunisten: Nieder mit Hitler! Aber halt vor allem zu fragen, wer denn überhaupt imstande sei, die jetzige Lage zu überbrücken (Zuruf bei den Kommunisten: Ihr niemals!) hat man sich tagelang über die Begriffe „parlamentarische Regierung“, „Präsidentenregierung“ usw. unterhalten und hat ein Scheitern gefürchtet. Man wollte eben unsern Führer nicht die Macht überlassen, man hat ihm darum unerfüllbare Bedingungen gestellt (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ich denke, er kann alles!). Derselbe Herr Reichspräsident, der einem Hermann Müller, einem Brüning und einem Franz von Papen sein volles Vertrauen geschenkt hatte (Zuruf bei den Kommunisten: Wofür sie den breiten Rücken hinhielten), verlor sein Vertrauen dem Manne, in dem Millionen Deutscher den Glauben und Beifall sehen, den Deutschland gegenwärtig beifällt (Stürmischer Weisfall bei den Nationalsozialisten, Lachen bei den Sozialdemokraten und bei den Kommunisten), der seit 14 Jahren und länger an dem Problem gearbeitet hat, wie Deutschland zu retten ist. (Ausschließlicher Bericht folgt morgen.)